

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 38 (1991)
Heft: 9

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Viele Vorstösse weisen auf:

Eine neue Dienstpflicht, aber wie?

Die Fakten

Alle sprechen von einer «Allgemeinen Dienstpflicht», von einem «Gesamtverteidigungsdienst» oder von einem umfassenden «Gemeinschaftsdienst». Es gibt dazu Vorstösse im Parlament (zum Beispiel die Motionen Blocher, Hänggi, Rhinow) oder Anregungen ausserhalb des Parlaments (zum Beispiel Arbeits-

H.P. Rütli, Chef Rechtsdienst ZGV, Bern

gruppe NAPF, CVP, Kommission Schoch). Was wollen diese Vorstösse? Was hat der Zivildienst von der einen oder anderen Idee zu erwarten? Ich versuche, eine erste Bilanz zu ziehen.

Die Dienste

Vor allem Junge suchen nach «sinnvolleren» Einsätzen, als sie in ihren Augen der Zivildienst oder die Armee bis heute bieten konnten. Je nachdem, welche Einsatzmöglichkeiten (= Dienste) man einer Dienstpflicht zuordnet, nimmt diese einen anderen Charakter an. Schaut man sich die drei möglichen Kreise einmal an:

Innerer Kreis: Bestehende Wehr- und Schutzdienstpflicht, allenfalls erweitert um einen Zivildienst (nur für Verweigerer!)

mittlerer Kreis: Gesamtverteidigungsdienstpflicht (= heutige Dienstpflichten, erweitert um alle jene Dienste, welche der Gesamtverteidigung zugeordnet werden (siehe Liste))

äusserer Kreis: Allgemeine Dienstpflicht (= Dienst zugunsten der Öffentlichkeit mit allen denkbaren zivilen, auch sozialen und gemeinnützigen Diensten)

Versucht man die Zuordnung der Dienste zu den zwei im Umfang erweiterten neuen Dienstpflichten:

A = Allg. Dienstpflicht
G = GV-Dienstpflicht

Liste der möglichen Dienste (unvollständig!)

Behindertenbetreuung (A)
Pflege in Altersheimen (A)
Spitalpflege (A)
Umweltschutzaktionen (Alp- und Waldpflege usw. (A))
Flüchtlingsbetreuung (G/A)
Entwicklungshilfe im In- und Ausland (A)
Wirtschaftliche Landesversorgung (G)
Unterstützung der Polizei (G)
Friedensaktionen im Ausland (G)
Einsatz zugunsten der Gemeindebetriebe (Abfallentsorgung, Strassenunterhalt usw. (A))
Verstärkung der Katastrophen- und Rettungsdienste (Sanität, Polizei, Feuerwehr usw. (G))
Armee (G)
Zivildienst (G)
Katastrophenhilfe im Ausland (A/G)

Die Vorstösse

In welche Richtung gehen nun die wichtigsten Vorstösse der Jahre 1989–1991? Worin unterscheiden sie sich?

Eine GV-Dienstpflicht oder eine Dienstpflicht im Rahmen der Gesamtverteidigung streben an: die Interpellation Graf, die Motion Blocher, der Vorwurf zur Bundesverfassung von 1977

Die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht oder eines Gemeinschaftsdienstes verfolgen: Die Motionen Hänggi und Rhinow, die Schweizerische Offi-

ziersgesellschaft, die Kommission Schoch

Die Beibehaltung der heutigen Wehrpflicht, mit Ergänzung durch einen Zivildienst für Verweigerer, postulieren zurzeit die Parlamentarische Initiative Zivildienst und die Kommission Schoch (nur als Übergangslösung).

Eine Dienstpflicht ohne Armee schlägt einzig das Aussenseiter-Postulat Rebeaud vor.

Die Frauen

Nur wenige Vorstösse geben Antwort auf die Frage nach einem Einbezug der Frauen in die so gewählte Dienstpflicht. Die parlamentarische Initiative Zivildienst schliesst den Einsatz von Frauen ausdrücklich aus, die Kommission Schoch sieht ihn unter dem Gleichstellungsgrundsatz ebenso ausdrücklich vor. Die meisten Vorstösse äussern sich nicht dazu oder bleiben unklar. Bei der Einführung einer GV-Dienstpflicht ergäben sich wahrscheinlich dieselben Widerstände wie in der bisherigen Diskussion um die Mitwirkung der Frauen.

Einzig bei einer allgemeinen Dienstpflicht liesse sich die Frauenfrage erneut und mit mehr Argumenten diskutieren. Bei einem derart offenen Dienst für die Gemeinschaft sollte der Einbezug der Frauen auf breiter Basis möglich sein.

Die Folgen für den Zivildienst

Für den Zivildienst lässt sich nach dem heutigen Stand der Vorschläge feststellen:

Solange ein künftiger Zivildienst als Ergänzung des Militärdienstes den



WISTHO-Schutzraumliegen sind 100% schweizerisch: Holz, Patent, Verarbeitung, Vertrieb

WISTHO

Für das Leben und Überleben im Keller

Die Anschaffung der WISTHO-Schutzraumliegen bietet Ihnen den grossen Vorteil der Benutzung als

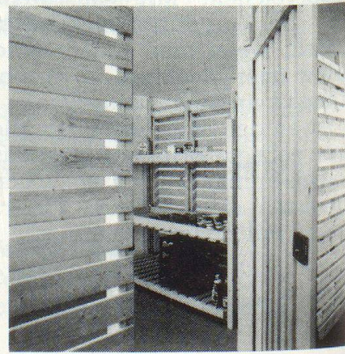
- Lagergestell
- Kellerhürde
- Kellertrennwand
- Kajütenbett
- Tisch/Sitzbank
- Archivgestell

WISTHO ist mit einfachen Handgriffen und ohne spezielle Werkzeuge sofort zur vorgeschriebenen Schutzraum-Einrichtung (Liegestellen) montierbar!

Beratung, Vertrieb + Montage durch

HOLZ AG, 8840 Einsiedeln, Tel. 055 51 11 91

Mitglied der Interessengemeinschaft WISTHO
WISTHO AG, Steinhausen (ZG), WIRTH Holzbau AG, Schwanden (GL)
Kander Paletten und Holzwerk AG, Reichenbach (BE)



Das komplette Freizeit- und Kellermöblierungs-System – sofort umbaubar auf Schutzraum-Einrichtungen. Schockgeprüft.

Rahmen der heutigen militärischen Verweigererquote nicht unverhältnismässig sprengt, hat der Zivildienst bei dessen Einführung wenig zu befürchten. Positiv erwiese sich allenfalls der Druck des einmal eingeführten Zivildienstes auf die Einführung neuer Dienste beim Zivildienst. Die Nähe der Bezeichnungen Zivildienst/Zivildienst hingegen könnte zu Missverständnissen führen: der Zivildienst wäre allenfalls umzutaufen und mit einem zugkräftigeren Namen wie Bevölkerungsschutz oder ähnliches zu versehen.

Eine GV-Dienstpflicht – vor allem, wenn die Wahl unter den Diensten frei wird – würde dem Zivildienst, selbst bei einer Reduktion des heutigen Bestandes im Zuge von Zivildienst 95, Personal entziehen. Der Zivildienst verlöre auch sein heutiges Bild als klarer ziviler Gegenpart zur Armee und müsste mit anderen zivilen Aufgaben in Konkurrenz treten.

Auch eine allgemeine Dienstpflicht würde dem Zivildienst kein neues Prestige verschaffen, im Gegenteil. Er wäre in diesem Rahmen nur einer unter verschiedenen zivilen Diensten. Unter dem Eindruck der laufenden, bei vielen Beobachtern als kosmetisch eingestuft Reform wird der Zivildienst auch nicht beliebter. Er müsste, solange er seinen Charakter nicht grundsätzlich wechselt und sich mit neuen Diensten umgibt, nach der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ein Schatten-dasein fristen. Der seit Jahren gesuchte Zuwachs an Sozialprestige wäre damit verpasst.

Gesucht ist deshalb eine eindeutige Aufwertung des Zivildienstes. Im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht gäbe es eine bis jetzt kaum diskutierte Lösung.

Der Zivildienst, unter der Bezeichnung Bevölkerungsschutz oder Bevölkerungsdienst oder (ziviler)Gemeinschaftsdienst, übernimmt als Gegenpart zur Armee alle zivilen Dienste zu-

gunsten der Öffentlichkeit. Eine anspruchsvolle und weit gespannte Grundausbildung für Frauen und Männer würde in diesem Modell zu den einzelnen Sparten des zivilen Einsatzes führen. Die Durchlässigkeit zwischen Armee und Bevölkerungsschutz ist gewährleistet. Unter dem gemeinsamen Regime der allgemeinen Dienstpflicht wären nicht die Strukturen, aber die Statusregelungen wie Erwerbsersatzordnung, Versicherung, Besoldung usw. dieselben in Armee und Bevölkerungsschutz. Es gäbe ausserhalb des Zivildienstes keine zivilen Dienste wie bei der Ergänzung der Wehrpflicht im Szenario A. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass diese Verfassungsänderung sich im Feld der bisherigen Zivildienstkompetenz des Bundes (Art. 22bis Bundesverfassung) bewegt und dem Zivildienst auch rechtlich eine zusätzliche Aufwertung verschafft.

Wie weiter?

Vorgehen des Bundesrates

Der Bundesrat hat im Bericht 90 zur Sicherheitspolitik versprochen, die Fragen im Zusammenhang mit der allgemeinen Dienstpflicht «einer umfassenden Prüfung zu unterziehen und Vorschläge zu unterbreiten». In der Antwort auf die parlamentarische Initiative Zivildienst hat der Bundesrat am 8. Mai 1991 als ersten Schritt die Einführung eines Zivildienstes «und erst später Diskussion über eine allgemeine Dienstpflicht» angekündigt.

Einwände

Das pragmatisch-schweizerische Vorgehen hat einiges für sich. Es dürfte aber nicht hindern, dass bereits heute Entscheidungsgrundlagen vorbereitet werden, um alle mit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht zusammenhängenden Fragen einer umfassenden Abklärung zuzuführen. Vor allem ist nicht einzusehen, wieso die Ergebnisse von Armee und Zivildienst 95 abgewartet und die Einführung des Zivildienstes ausgewertet werden sollen. So geht wertvolle Überlegungszeit verlo-

ren. Wenn man weiss, wie lange derart umfangreiche Verfassungsarbeiten dauern (8 – 12 Jahre nach Bundesrat), ist nicht einzusehen, wieso der Bundesrat nicht Untersuchungen an die Hand nimmt, um jetzt schon die verschiedenen Dienstpflichtmodelle auf ihre Möglichkeiten hin zu prüfen. So hätte er, wenn die Diskussion im Volk nach den Planungsschritten «Zivildienst, Armee 95, Zivildienstleitbild 95» mit Macht einsetzen wird, die Argumente mit den Vor- und Nachteilen der unterschiedlichen Modelle auf dem Tisch. Der Bundesrat ginge gestärkt in die politische Diskussion, wenn er sich die Entscheidungsgrundlagen für diese staatspolitisch lebenswichtigen Fragen rechtzeitig beschafft hat.

Vorschlag

Man könnte sich allenfalls den Vorschlag überlegen, eine ähnlich hochdotierte und vielseitig zusammengesetzte Arbeitsgruppe wie bei der Armeereform (Kommission Schöch) einzusetzen. Diese ausserparlamentarische Kommission hätte die im Bericht 90 zur Sicherheitspolitik versprochenen Grundlagen ohne Verzug und parallel zu den Planungsarbeiten von Zivildienst und Armee 95 zu erarbeiten. Das Postulat Fäh vom 18. Juni 1990 mit dem Titel «Analyse neuer Dienstpflichtformen» zielt genau in diese Richtung. Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung, aber in enger Zusammenarbeit mit den hauptinteressierten Organen (Bundesamt für Zivildienst, Projektleitungen Armee und Zivildienst 95, Zivildienstverband, Rat für Gesamtverteidigung) hätte dabei das Sekretariat zu gewährleisten. Ein letzter Gedanke: Nur eine sinnvolle Ausweitung der im Volk verankerten Zivildienstidee bringt «den Zug auf die richtigen Geleise». Dieser Zug, mit der Anschrift «Umfassender Bevölkerungsschutz» darf nicht erst anfahren, wenn andere Züge wie Armee und Zivildienst ihm die Wagen «Katastrophenhilfe» und «zivile Gemeinschaftsdienste» abgehängt haben. ▣

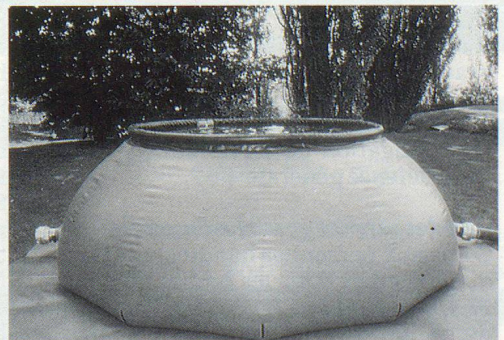
TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED

TELED

auch für den Zivildienst

offene, flexible Auffangbehälter

Sie sind selbsttragend (brauchen kein Metallgestell), passen sich dem verfügbaren Raum an und können von einer einzigen Person bereitgestellt werden.



TELED S. A. – 2003 NEUCHÂTEL – ☎ (038) 31 33 88 – ☒ (038) 31 50 10

TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED TELED

Une nouvelle obligation de servir, mais comment?

Les faits

Tout le monde parle d'un «service général obligatoire», d'un «service dans le cadre de la défense générale» ou encore d'un large «service communautaire». Ces questions font l'objet d'interventions au sein du Parlement (par exem-

H.P. Rütli, Chef du service juridique de l'Office central de la défense (OCD)

ple les motions Blocher, Hänggi et Rhinow) ou de suggestions en dehors du Parlement (par exemple le groupe de travail NAPF, PDC, la commission Schoch). Quels sont les objectifs de ces interventions? Que doit attendre la protection civile de l'une ou l'autre de ces idées? Essayons de tirer un premier bilan.

Les services

Ce sont avant tout les jeunes qui cherchent un engagement «plus significatif» à leurs yeux, que celui que peuvent leur offrir la protection civile ou l'armée. Les possibilités d'engagement (le service) que nous imposons comme un service obligatoire revêt un caractère différent suivant la forme que nous lui donnons. Examinons donc les trois cercles de possibilités

cercle intérieur: service militaire obligatoire et service de protection obligatoire, éventuellement élargi par un service civil (uniquement pour les objecteurs de conscience!)

cercle moyen: obligation de servir dans le cadre de la défense générale (= service obligatoire actuel élargi à tous les services qui sont attribués à la défense générale (cf liste ci-après))

cercle extérieur: service général obligatoire (= service en faveur de la collectivité, comprenant tous les types imaginables de services civils, sociaux ou d'intérêt général)

Nous allons tenter d'attribuer les divers services possibles aux deux nouveaux cercles d'obligations de service élargi.

G = service général obligatoire

D = obligation de servir dans le cadre de la défense générale

Liste des services possibles (incomplet)

Soins aux personnes handicapées (G)
Soins donnés dans les homes pour personnes âgées (G)
Soins hospitaliers (G)
Activités de protection de l'environnement (dans les alpes ou les forêts, etc.) (G)

Assistance aux réfugiés (D/G)

Aide au développement (dans le pays et à l'étranger) (G)

Approvisionnement économique du pays (D)

Soutien à la police (D)

Actions pour la paix à l'étranger (D)

Engagement en faveur des exploitations communales (élimination des déchets, entretien des routes, etc.) (G)

Renforcement des services de catastrophe et de sauvetage (service sanitaire, police, sapeurs-pompiers, etc.) (D)

Armée (D)

Protection civile (D)

Aide en cas de catastrophe à l'étranger (G/D)

Les interventions

Quelles orientations ressortent des interventions des années 1989 à 1991? En quoi se différencient-elles?

Une obligation de servir dans la défense générale ou dans le cadre de la défense générale est requise par l'interpellation Graf, la motion Blocher et l'avant-projet de la Constitution fédérale de 1977.

L'idée d'un service général obligatoire ou d'un service communautaire résulte des motions Rhinow et Hänggi, de la Société suisse des officiers et de la commission Schoch.

Le maintien du service militaire obligatoire actuel complété par un service civil pour les objecteurs de conscience est demandé pour l'instant par l'initiative parlementaire pour un service civil et par la commission Schoch (uniquement à titre de solution transitoire).

Un service obligatoire sans armée est proposé uniquement dans un postulat Rebeaud.

Les femmes

Seul un petit nombre d'intervenants donnent une réponse à la question de l'assujettissement des femmes au service obligatoire ci-dessus. L'initiative parlementaire pour un service civil exclu expressément l'engagement des femmes. Au contraire, la commission Schoch le prévoit expressément, en application du principe de l'égalité de traitement. La plupart des interventions n'en parlent pas ou restent obscures sur la question. Il est vraisemblable qu'en cas d'introduction d'une obligation faite aux femmes de servir dans le cadre de la défense générale, on assisterait aux mêmes résistances que

celles qui se sont faites jour lors des débats sur la collaboration de la femme à la défense générale.

C'est uniquement dans le cadre d'un service général obligatoire que l'on pourrait aborder la question féminine et cela, avec davantage d'arguments. En effet, l'intégration des femmes devrait être possible sur une base plus large, en cas d'introduction d'un service aussi vastement ouvert.

Les conséquences pour la protection civile

Pour la protection civile, compte tenu de l'état des propositions, on peut constater ce qui suit:

Aussi longtemps que le nombre des assujettis à un futur service civil conçu comme complémentaire au service militaire reste approximativement proportionnel au pourcentage actuel des objecteurs de conscience dans l'armée, la protection civile n'a rien à craindre de son introduction. De toute façon, la pression exercée par ce nouveau service civil ne peut être que favorable à l'introduction de services nouveaux dans la protection civile. En revanche, la ressemblance entre les dénominations protection civile et service civil pourrait entraîner des confusions. Il conviendrait donc de rebaptiser la protection civile et de lui donner un nom plus spécifique tel que «protection de la population».

L'introduction d'une obligation de servir dans le cadre de la défense générale – surtout si on laissait aux appelés le choix entre les divers services – contribuerait à retirer du personnel à la protection civile, même au cas où les effectifs en seraient déjà réduits au préalable, dans le cadre de la protection civile 95. La protection civile perdrait en outre son image claire et nette de contrepartie civile de l'armée et devrait entrer en concurrence avec d'autres institutions exerçant des tâches de nature civile.

De même, un service général obligatoire ne ferait pas gagner la protection civile en prestige, bien au contraire. Elle ne deviendrait que l'un des services civils parmi d'autres. La protection civile ne serait pas non plus mieux aimée, étant donné que de nombreux observateurs ont l'impression que la réforme dont elle est aujourd'hui l'objet revêt un aspect purement cosmétique. Pour autant qu'elle ne changerait pas fondamentalement son caractère et ne se doterait pas de nouveaux services, elle devrait rester dans l'ombre. Ainsi,

elle raterait le relèvement du prestige social qu'elle s'efforce d'accroître depuis plusieurs années.

Voilà pourquoi il faut chercher à revivifier la protection civile

Dans le cadre de l'introduction d'un service obligatoire général, il y aurait une solution qui n'a guère été discutée jusqu'à ce jour. La protection civile rebaptisée «protection de la population» ou encore «service communautaire civil» reprend à son compte tous les services civils en tant que contrepartie à l'armée. Ce modèle exige que l'on organise une instruction de base complète et intensive pour les femmes et les hommes dans chacune des disciplines d'engagement civil. Le passage de l'armée au service de la protection de la population serait garanti. Le régime commun du service général obligatoire n'impliquerait pas des structures semblables mais des réglementations statutaires telles que les allocations pour perte de gain, l'assurance, la solde, etc. qui seraient les mêmes pour l'armée et pour la protection de la population. En dehors de la protection civile, il n'y aurait pas de service civil tel que dans le cas G) où on l'on trouve le service complémentaire au service militaire. Un autre avantage résiderait dans le fait que la modification constitutionnelle qui en découlerait resterait dans le domaine des compétences actuelles de la Confédération en matière de protection civile (article 22 bis de la Constitution fédérale) ce qui conférerait à la protection civile une valeur supplémentaire du point de vue juridique.

Et la suite?

Façon de procéder du Conseil fédéral

Dans son rapport 1990 sur la politique de sécurité, le Conseil fédéral a promis de soumettre à un examen approfondi les questions relatives au service général obligatoire, et à présenter des propositions en conséquences. Dans sa réponse du 8 mai 1991 à l'initiative parlementaire sur un service civil, le Conseil fédéral a annoncé que dans une pre-

mière phase, il allait instituer un service civil et que la discussion sur un service général obligatoire interviendrait plus tard.

Objections

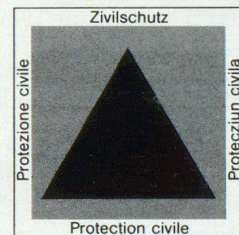
La procédure choisie, typiquement suisse est certes pragmatique. Mais à notre avis, elle ne doit pas empêcher de préparer dès aujourd'hui les bases de discussion pour élucider d'une façon pleine et entière toutes les questions en relation avec l'institution d'un service général obligatoire. Avant tout, on ne voit pas pourquoi il faut attendre les résultats de la réforme armée et protection civile 1995, ni pourquoi on doit préalablement faire une appréciation de l'institution du service civil. On perd de la sorte du temps précieux. Lorsque l'on sait combien d'années durent les travaux absorbants des révisions constitutionnelles (8 à 12 ans, selon le Conseil fédéral!), on ne comprend pas pourquoi le Conseil fédéral n'ordonne pas les recherches nécessaires permettant d'examiner dès maintenant la faisabilité des divers modèles de service général. Ainsi lorsque la discussion sera ouverte dans le peuple concernant les diverses étapes de planification, service civil, armée 95, plan directeur de la protection civile 1995, il pourrait présenter les arguments – les avantages et inconvénients – des divers modèles de service général obligatoire. Le Conseil fédéral se trouverait renforcé dans la discussion politique, dès lors qu'il disposerait à temps des bases de décisions sur ces questions d'une importance vitale sur le plan de la politique étatique.

Proposition

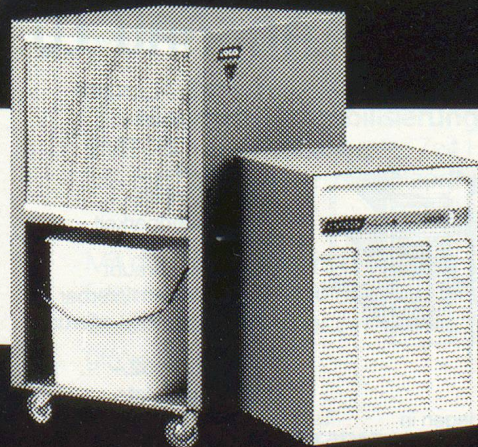
Voilà pourquoi nous proposons l'institution d'un groupe de travail composé d'une façon aussi large et variée que celui qui s'occupe de la réforme de l'armée (commission Schoch). Ce groupe de travail aura pour tâche d'élaborer sans retard et parallèlement aux travaux de planification de la protection civile et de l'armée 95, les bases pro-

posées dans le rapport 1990 sur la politique de sécurité. Le postulat déposé par le Conseiller national Fähr sous le titre «Analyse des nouvelles formes de service obligatoire» vise exactement le même but. L'Office central de la défense devrait assurer le secrétariat de ce groupe, en collaboration étroite avec les organes principalement intéressés (Office fédéral de la protection civile, direction du projet armée et protection civile 95, conseil de la défense générale).

Une dernière considération: à notre avis, seule une extension appropriée de l'idée de la protection civile, telle qu'elle est ancrée dans la population, peut nous permettre de conduire toute l'opération à bonne fin. Cette opération que l'on peut intituler «une protection complète de la population» ne saurait démarrer, que lorsque celles de l'armée ou du service civil auront déjà englobé l'examen de l'aide en cas de catastrophe et d'un service communautaire civil. ▣



Unsere
INSERENTEN
unterstützen
den
«Zivilschutz»



Pour prévenir des dégâts d'eau onéreux:

Déshumidificateurs

Gamme étendue d'appareils efficaces, d'un emploi très varié – caves, entrepôts, habitations, etc.

Exploitation entièrement automatique, consommation d'énergie minime.

Location et vente

Demandez-nous la documentation détaillée.

Krüger + Co.

1606 Forel VD, 021/781 27 91

Succursales: Münsingen BE, Grellingen SO,

Degersheim SG, Zizers GR, Samedan GR,

Dielsdorf ZH, Küssnacht SZ, Gordola TI

KRÜGER

Come organizzare il nuovo obbligo al servizio?

I dati di fatto

Si parla molto di un «obbligo generale al servizio», di «un servizio di difesa integrata» o di un «servizio alla comunità» di portata più ampia non meglio precisata. A tale proposito ci sono interventi in Parlamento (come ad es. le mozioni Blocher, Hänggi, Rhinow) op-

H.P. Rütli, capo del servizio giuridico UCD

pure impulsi provenienti da gruppi esterni al Parlamento (come ad es. il gruppo di lavoro NAPF, il PPD, la commissione Schoch). Che cosa chiedono questi interventi? E che cosa comportano queste diverse idee per la protezione civile? Cercherò qui di tracciare un primo bilancio della situazione.

Gli interventi

In che direzione vanno gli interventi più importanti degli anni 1989-1991 e in che cosa si differenziano l'uno dall'altro?

L'obbligo al servizio di difesa integrata o di un servizio nell'ambito della difesa integrata è richiesto dall'interpellanza Graf, dalla mozione Blocher, dall'avamprogetto per la Costituzione federale del 1977

L'idea di un obbligo generale al servizio o di un servizio alla comunità è richiesta dalle mozioni Hänggi e Rhinow, dalla Società svizzera degli ufficiali e dalla commissione Schoch

Il mantenimento dell'attuale obbligo al servizio militare, completato da un servizio civile per gli obiettori, è richiesto attualmente dall'iniziativa parlamentare per il servizio civile e dalla commissione Schoch (solo come soluzione transitoria)

Un obbligo al servizio di difesa integrata, soprattutto se ci fosse la libera scel-

ta tra i diversi servizi, avrebbe la conseguenza di sottrarre personale alla protezione civile, anche nel caso di una riduzione degli effettivi prevista dalla riforma protezione civile 95. La protezione civile perderebbe così la sua attuale immagine di chiara controparte rispetto all'esercito ed entrerebbe in concorrenza con altri servizi civili.

Anche un obbligo generale al servizio non darebbe certo nuovo prestigio alla protezione civile, anzi, questa diventerebbe solo uno dei tanti diversi servizi civili. Con la riforma in corso, che molti osservatori giudicano soltanto un fatto «cosmetico», la protezione civile non si attirerà certamente simpatie. Finché non cambierà il suo carattere fondamentale e non si circonda di nuovi servizi, dopo l'introduzione di un eventuale obbligo generale al servizio, dovrà svolgere un ruolo di secondo piano. E in tal modo perderebbe ancora un'altra occasione per aumentare il suo prestigio, come cerca di fare da tempo.

L'obiettivo da perseguire è quindi quello di una chiara rivalutazione della protezione civile. Nell'ambito di un obbligo generale al servizio ci sarebbe però una soluzione di cui finora non si è parlato quasi per niente. La protezione civile, con la denominazione di protezione della popolazione svolgerebbe il ruolo di controparte dell'esercito e potrebbe assumersi tutti i servizi civili a favore della comunità. Un'adeguata ed ampia istruzione per donne e uomini sarebbe il presupposto per l'attuazione dell'intervento nei singoli settori. La compenetrazione tra esercito e protezione della popolazione sarebbe assicurata. Sotto l'egida comune dell'obbligo generale al servizio non le strutture, ma le regolamentazioni come l'indennità per perdita di guadagno, l'assicurazio-

ne, il soldo ecc. sarebbero le stesse nell'esercito e nella protezione della popolazione. Al di fuori della protezione civile non ci sarebbero altri servizi civili.

Come è opportuno procedere

Comportamento del Consiglio federale: Nel rapporto 90 sulla politica di sicurezza il Consiglio federale ha promesso «di sottoporre ad un esame approfondito le questioni collegate all'obbligo generale al servizio e di presentare delle proposte». Nella risposta all'iniziativa parlamentare sul servizio civile, l'8 maggio 1991 il Consiglio federale ha annunciato come primo passo l'introduzione di un servizio civile e solo in seguito la discussione su un obbligo generale al servizio.

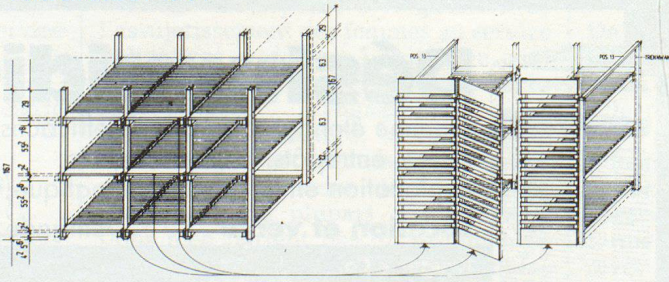
Proposta

Propongo di costituire un gruppo di lavoro qualificato come quello che si è occupato della riforma dell'esercito (commissione Schoch). Questa commissione extra-parlamentare dovrebbe elaborare i principi promessi nel Rapporto 90 sulla politica di sicurezza senza indugio e parallelamente ai lavori di pianificazione della protezione civile e dell'esercito. Il postulato Föh del 18 giugno 1990 col titolo «Analisi di nuove forme di servizio obbligatorio» va appunto in questa direzione. L'Ufficio centrale della difesa, in stretta collaborazione con gli organi maggiormente interessati (Ufficio federale della protezione civile, direzioni di progetti sull'esercito e la protezione civile 95, Unione svizzera per la protezione civile, Consiglio della difesa integrata) dovrebbe provvedere ad assicurare la segreteria.

Un'ultima riflessione: solo un ampliamento dell'idea della protezione civile attualmente presente nella popolazione potrebbe secondo me indicare la giusta direzione da seguire. E il treno della protezione civile, con la scritta «Ampia protezione della popolazione» non deve partire solo dopo che altri treni, come l'esercito e il servizio civile, gli hanno sganciato le carrozze «aiuto in caso di catastrofe» e «servizi civili alla comunità». ▽

PLANZER HOLZ AG 6262 LANGNAU LU

Telefon 062 81 13 94



SYSTEM PLANZER
unschlagbar in

- Stabilität
- Einfachheit
- Verwendbarkeit

Alles verschraubt
Doppelliegen lieferbar
Platzsparende Lagerung

Preis ab Fr. 52.-
pro Schutzplatz

ACHTUNG: Zivilschutzorganisationen können die Liegen in kommunalen Übungen preisgünstig selber anfertigen. - Rufen Sie uns an.